

Gegenstand:

Die Krise der öffentlichen Haushalte als Chance für den ökologischen und sozialen Umbau der Gesellschaft sehen: die Kommunen als wichtigsten Ort bürgernaher Politik und dieses gesellschaftlichen Neuanfangs stärken

Beschluss

Der Landesparteirat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen hat in seiner Sitzung am 24. April 2010 beschlossen:

1. Die mittelfristige Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Sachsen sowie die Folgen der Bevölkerungsentwicklung markieren einen Wendepunkt in der Entwicklung der Einnahmen des Freistaates, der Kreise und der Kommunen. Ein „Durchschummeln“ wird es in den nächsten Jahren nicht mehr geben können. Das erfordert eine neue Qualität in der Politik. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in Sachsen stellen sich diesen Realitäten und plädieren für einen verantwortungsvollen Umgang mit den sinkenden Einnahmen. Wir GRÜNEN streben einen ökologischen und sozialen Umbau der Gesellschaft an, um eine verlässliche Zukunft sichern zu können.
2. Sinkende öffentliche Einnahmen und ein gutes, zufriedenes Leben müssen sich nicht ausschließen. Sie bedürfen aber einer Reihe von Veränderungen in der Gesellschaft, um nachhaltigen, volkswirtschaftlich sinnvollen Entscheidungen den Vorrang einzuräumen, den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken und Sachsen auf Dauer lebenswert zu halten. Der „Nachbau West“ hat sich erschöpft - es wird Zeit für den „Umbau Zukunft“. Wir werden die in den letzten 20 Jahren aufgebauten Strukturen in Gemeinden, Städten, Landkreisen und dem Freistaat einer lebensnahen und transparenten Aufgabenkritik unterziehen. Im Vorfeld der Beratungen zum Landeshaushalt 2011/2012 sowie des kommunalen Finanzausgleiches 2011/1012 und darüber hinaus wollen wir alte und neue staatliche Prioritäten, Einsparmöglichkeiten, eine Reform der Förderkulisse und neue Investitionsschwerpunkte öffentlich diskutieren.
3. Den Kommunen kommt als Ort bürgernaher Politik und „Baustelle“ vieler Veränderungen eine besondere Bedeutung zu. Ihre Funktionstüchtigkeit muss deshalb eine hohe Priorität in den Umbaujahren haben. Wir befürchten, dass aufgrund der Anwendung des grundsätzlich auch von uns akzeptierten Gleichmäßigkeitsgrundsatzes im Kommunalen Finanzausgleich die Budgets einiger Kommunen unterhalb des „kommunalen Existenzminimums“ sinken werden. Diesem Problem wollen wir uns stellen und bis zum Sommer eine Position dazu erarbeiten. Unser Ziel ist eine aufgaben- und bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen.
4. Nach der Mittelfristigen Finanzplanung des Freistaates Sachsen 2009-2013 sinkt die Finanzausgleichsmasse in 2011 um 711,6 Mio. Euro auf 2,2 Mrd. Euro. Damit tragen die Kom-

munen ca. 40 Prozent der geplanten Einsparungen von insgesamt etwa 1,7 Mrd. im Jahr 2011. Selbst wenn der Vorsorgefonds mit ca. 370 Mio. Euro in den Jahren 2011 und 2012 aufgelöst wird, bleibt die Belastung der Kommunen hoch, weil auch mit Kürzungen bei investiven Mitteln und anderen Zuweisungen zu rechnen ist. Angesichts der schwierigen Situation in den Kommunen werden wir prüfen, ob das starke Absinken der Finanzausgleichsmasse übergangsweise durch gesonderte Zuweisungen zusätzlich abgemildert werden kann.

5. Einige sächsische Kommunen beginnen bereits jetzt, mit drastischen Mittelkürzungen dem drohenden Finanzkollaps ab 2011 vorzubeugen. Diese **panikartige** Entwicklung sehen wir mit großer Sorge. Derartige "Radikalkuren" bergen die Gefahr nachhaltiger Zerstörung sozialer, kultureller, schulischer oder baulicher Infrastruktur. Wer den Kindern und Enkeln einen niedrigen Bildungsstand, unzulängliche städtische Infrastruktur, ruinierte öffentliche Verkehrsmittel und ein lebensunwertes Umfeld überlässt, untergräbt ihre Möglichkeiten und Chancen mindestens ebenso wie durch die Aufbürdung nicht mehr bewältigbarer Schuldenlasten. Wir wollen deshalb die jetzt notwendige Haushaltskonsolidierung und den damit verbundenen sozial-ökologischen Umbau unserer kommunalen Gemeinwesen Schritt für Schritt und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vorantreiben.

6. Die schwarzgelbe Bundesregierung hat durch Steuerrechtsänderungen die Einnahmebasis der kommunalen Haushalte geschwächt. Viele sächsische Kommunen sehen sich gezwungen, die Steuergeschenke auf Bundesebene vor Ort mit Steuer- und Gebührenerhöhungen zu kompensieren. Dies nehmen wir angesichts wachsender Sozialausgaben und steter Aufgabenverlagerung zu Lasten der kommunalen Haushalte durch Bund und Land nicht hin: Wir wollen eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen sicherstellen und verhindern, dass sich der Bund weiter aus der Finanzierung der Kosten von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zurückzieht. Wir wollen durch Verbreiterung und ökologischer Ausrichtung der Bemessungsgrundlagen für die Grund- und Gewerbesteuer die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Einnahmen aus diesen Bereichen zu stabilisieren.